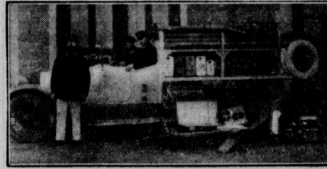


Volks-Zeitung

In Hannover gibt es weibliche Jacken



Mit „Unterhaltungs-Blatt“
 Moden-Zeitung Sport-Zeitung
 Film-Zeitung Haus u. Garten-Ztg.
 Techn.-Zeitung Witzblatt „ULK“
 2 MAL TÄGLICH = 60 PFG. WÖCHENTLICH



Der modernste Rettungswagen Europas in Österreich

Auch in Ungarn Tuberkulose-Opfer Reichswehr-Debatte / Klage Danzigs

Die „Bescheidenheit der Heeresleitung“

Greeners Rede im Reichstag

Der Reichstag beriet gestern in zweiter Lesung den Heeresetat, und, wie üblich, leitete der Reichswehrminister diese Beratung mit einer Rede ein. Herr Greener ist ein lebenswürdiger Plauderer und ein geschickter Stratege im Benutzen von Zahlen. Und so kann es nicht verwundern, dass er im Gegensatz zu anderen Menschen, die auch rechnen können, überall ein Zuwenig sieht, wo andere ein Zuviel feststellen. Freilich versteht er auch das Umgekehrte. So rechnete er aus, dass wir nur vier Prozent unserer Gesamtausgaben für Rüstungszwecke ausgeben. Aber in Wahrheit ist es mehr als das Doppelte. Richtig ist, dass die prozentuale Belastung und ebenso die Kopfquote bei uns in gar keinem Verhältnis zu den gleichgerichteten Zahlen des Auslandes stehen, aber die kleine Hunderttausendarmee ist für uns dennoch eine in jeder Beziehung teure Angelegenheit. 790 Millionen opfern wir dafür bei einer Gesamtausgabe von 8184 Millionen. In diesem Jahre ist der Wehretat von 752,5 auf 790,6 Millionen gestiegen. Und dabei meinte Herr Greener noch, dass er die „Bescheidenheit der Heeresleitung bewundere“, die nicht mehr fordere. Der Wehrminister verlangt nach einem Übungsplatz, auf dem gleich die ganze Reichswehr üben könne. Nun, einen solchen Übungsplatz haben wir früher auch nicht gehabt, aber gerade an alten Truppenübungsplätzen ist bei uns doch kein Mangel. An Waffen und Munition zu sparen, hält Herr Greener für die „grösste Dummheit“, aber er geht hier geschickt um den springenden Punkt herum. Wir zahlen heute für alle diese Dinge Phantasiepreise, und die Höhe der Unkosten lässt sich nicht damit rechtfertigen, dass man sagt, wir müssen heute Monopolverträge bezahlen. Die Lieferanten würden sich schliesslich doch mit einem Normalpreis begnügen, wenn das Reich entsprechend auftreten würde. So wird man den Verdacht nicht los, dass aus den hohen Preisen, die die Industrie erhält, auch noch etwas anderes bezahlt wird als Waffen und Munition.

Herr Greener bekannte sich als Anhänger der Aus schöpfungstheorie. Aber es ist eine merkwürdige Politik, die sich schematisch nach den Vorschriften des Friedensvertrages richtet und nun das ausführt, was die Entente uns als ungefährlich zugesteht. Wir haben so glänzende Techniker, dass sich sicher manche Verteidigungswaffe erfinden lässt, die wirksamer und billiger ist als das, was wir heute herstellen. Das gilt für die Verteidigung zu Lande wie zu Wasser, und Herr Greener hat ja den reinen Defensivcharakter unserer Wehrmacht nachdrücklich unterstrichen. Darin stimmen ihm auch die Parteiredner zu, aber gerade bei der einseitigen Entwertung Deutschlands können wir am stärksten auf die allgemeine Abrüstung einwirken, wenn wir selber uns auf das unbedingt Notwendige beschränken. Wobei allerdings das Beste gerade gut genug sein muss.

Den Zersetzungserscheinungen in der Reichswehr sagte der Minister schärfsten Kampf an, aber gestern hüllte er sich noch in Schweigen über die nationalsozialistischen Umtriebe in Teilen der Reichswehr. (Bericht siehe S. 3.)

Ausweisung eines Sowjetvertreter. Nach Meldungen aus New-York wurde Jacob O. Friedman, der als Verwalter der geschlossenen Sowjetgesandtschaft in Veracruz (Mexiko) zurückgeblieben war, ausgewiesen und hat auf einem deutschen Dampfer die Rückreise angetreten.

Neue Defizit-Schmerzen

Die Fortdauer der Arbeitslosigkeit — Beitragserhöhung um ein Prozent? Der Plan eines Notopfers der Festbesoldeten

Mit Mühe und Not hat die Regierung Brüning den Etat für das laufende Jahr ins Gleichgewicht gebracht. Die dazu notwendigen Steuererhöhungen konnten nur dadurch Gesetzgebungskraft erhalten, dass die Deutschnationalen mit Zuckerbrot und Peitsche zur Zustimmung gebracht wurden. Jetzt stellt es sich heraus, dass doch noch ein Defizit vorhanden ist. Es soll sogar 800 Millionen betragen, und das Kabinett Brüning, das der „Wirtschaft“ mit dem Steuererhöhungsvorhaben den Mund wässrig machte, muss sich nun den Kopf zerbrechen, wie es die Summen beschaffen soll, die nötig sind, um das neue Loch zuzustopfen.

Der neue Fehlbetrag ist in der Hauptsache auf das Andauern der Arbeitslosigkeit in einem bisher noch nicht dagewesenen Umfange zurückzuführen, aber im Monat April sind auch die steuerlichen Eingänge hinter der errechneten Höhe zurückgeblieben. Die Ziffer der Arbeitslosen wird im Jahresdurchschnitt, worüber man sich kaum noch zweifeln mag, 1,5 Millionen betragen, und die Zahl der durch die Krisenfürsorge Unterstützten hat ebenfalls eine erschreckende Höhe erreicht, von der sie nicht so bald absinken dürfte. Vor allem werden an die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung über das zuerst angenommene Mass hinausgehende Ansprüche gestellt. Sie will zwar durch Sparmassnahmen, die hier jüngst kritisch beleuchtet

wurden, etwa 100 Millionen Mark einbringen. Das genügt aber nicht, um ihr Defizit zu beseitigen. Es ist daher eine

Erhöhung der Beiträge

in Aussicht genommen. Sie wird sich vielleicht gar auf ein volles Prozent belaufen (Heraufsetzung von 3½ auf 4½ Prozent), was besonders der Deutschen Volkspartei sauer ankommen dürfte, die der Regierung Müller nicht einmal ein halbes Prozent zugestehen wollte. Bleibt die Zahl der Arbeitslosen auf 1,5 Millionen nicht beschränkt, so würde die Rechnung abermals nicht stimmen. Es ist daher im Regierungslager bereits wieder der Gedanke an ein

Notopfer der Festbesoldeten

aufgetaucht, für das sich besonders das Zentrum einsetzt. Die erweiterte Krisenfürsorge erfordert ausserdem eine Aufwendung von 100 bis 200 Millionen Mark.

Ueber

die Finanzlage der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung haben vorgestern und gestern Besprechungen zwischen den beteiligten Ministern stattgefunden, denen heute voraussichtlich eine Parteiführerbesprechung beim Reichskanzler folgen wird. Die ausserordentliche Notlage der Reichsanstalt hat dazu geführt, dass neben dem schon erwähnten Gedanken eines Notopfers auch ernsthaft der Vorschlag einer Erhöhung der Beiträge um ein volles Prozent erörtert worden ist, ohne dass bisher eine Entscheidung gefallen wäre.

Neuer Salzsturm in Dharasana

DHARASANA, 21. Mai.

Um 6 Uhr nachmittags versuchten 2000 Freiwillige einen neuen Angriff gegen die Salznieferlage. Sie zeigten eine derartige Erbitterung, dass die Polizei mit Knütteln vorgehen musste und dabei fast 300 Personen verletzte. LONDON, 21. Mai.

Während in Dharasana der grosse Kampf des indischen Salzfeldzuges ausgekämpft wurde, veranstaltete die Polizei die Razzia auf das Hauptquartier des Nationalkongresses in Bombay, über die bereits kurz berichtet wurde. Sämtliche Amtsträger des Nationalkongresses wurden verhaftet und alle Dokumente beschlagnahmt. An der Razzia nahmen vierzig Polizeioffiziere und vierhundert Polizisten teil.

Als die Polizisten in das Kongressgebäude eindringen wollten, versuchte eine riesige Volksmenge sie daran zu hindern. Ein europäischer Polizeiergant und ein Zivilist wurden in ihrem Auto angegriffen und mussten sich unter Preisgabe des

Automobils in einen Laden retten. Vor der Bank of India kam es auf Gerüchten hin, der europäische Direktor der Bank habe sich an den Kämpfen gegen die Nationalisten beteiligt, zu Demonstrationen.

Mehrere hundert Personen drangen darauf in das Bankgebäude ein, wo natürlich sofort jede Geschäftstätigkeit eingestellt wurde.

Der halbe Weg zurückgelegt!

Gestern nachmittag überflog der „Zeppelin“ die Kapverdischen Inseln

FRIEDRICHSHAFEN, 21. Mai.

Beim Luftschiffbau ist folgender Funkspruch von Bord des Zeppelins eingegangen: „15 Uhr 10 Minuten amerikanischer Zeit Kapverdische Inseln erreicht. Postabwurf Sao Thigo. Alles klar.“

PRAIN, (Kapverdische Inseln), 21. Mai.

Das Luftschiff Zeppelin hat heute abend 6 Uhr 5 Minuten Ortszeit die Stadt überflogen und Post abgeworfen. Es hat nunmehr über die Hälfte des Weges zwischen Spanien und dem nächsten Punkt der brasilianischen Küste zurückgelegt.

NEW-YORK, 21. Mai.

Wie Associated Press aus Pernambuco berichtet, teilte Dr. Eckener dem dortigen Flugplatz mit, er beabsichtige, Pernambuco anzufliegen, um dort vor dem Weiterflug nach Rio de Janeiro Wasser aufzunehmen. Infolge der intensiven Hitze habe der „Graf Zeppelin“ etwas Wassermangel.

Schnelldienst

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags ist für Freitag zu einer Sitzung einberufen worden.

Der vor kurzem zurückgetretene persische Minister des Auswärtigen All Chan Farzan ist zum Gesandten in Berlin aussenden worden.

Der ehemalige Bundespräsident Dr. Michael Hainisch, der im Kabinett Schöberl das Handelsport-

feuille innehatte, dürfte demnächst zurücktreten, da er mit den in jüngerer Zeit abgeschlossenen Handelsverträgen nicht einverstanden ist.

Die rumänische Kammer hat die Vorlagen über die Ratifizierung des Young-Plans und der Pariser Vereinbarungen über die Ostreparationen angenommen.